

Schumers Shutdown beginnt, ein Ende ist nicht in Sicht

Die Demokraten haben sich ihr Bett gemacht, aber ob sie darin schlafen können – oder irgendwann wieder herauskommen – ist reine Spekulation.

1. Oktober 2025 | Bradley Jaye

44 Demokraten stimmten am Dienstag dafür, einen vom Repräsentantenhaus verabschiedeten Ausgabenplan nur wenige Stunden vor Ablauf einer lang erwarteten Finanzierungsfrist zu blockieren, wodurch die Bundesregierung zum ersten Mal seit 2013 vor einem vollständigen Shutdown – einer Stilllegung – steht.

Der Shutdown begann um Mitternacht EST (06:01 Uhr MESZ).

Dieser Schachzug wird sicherlich, wenn auch nur vorübergehend, die radikale Basis der Demokraten zufriedenstellen, die weiteren Widerstand gegen die Regierung von Präsident Donald Trump fordert.

Da die Republikaner jedoch wenig Anreiz haben, den Demokraten Zugeständnisse zu machen, gibt es für die Demokraten keinen offensichtlichen Weg aus dem Shutdown. Und es wird allgemein davon ausgegangen, dass der Plan nach hinten losgehen und den Demokraten langfristig schaden wird.

Nur drei Demokraten, die Senatoren John Fetterman (PA), Catherine Cortez Masto (NV) und Angus King (I-ME), stimmten mit der Mehrheit der Republikaner für den Gesetzentwurf, der mit 55 zu 45 Stimmen scheiterte und damit die erforderlichen 60 Stimmen verfehlte. Der republikanische Senator Rand Paul (KY) stimmte gegen den Gesetzentwurf. Der gleiche, vom Repräsentantenhaus verabschiedete Gesetzentwurf war nur elf Tage zuvor im Senat gescheitert.

Die Blockade der Demokraten verhindert eine saubere Fortsetzungsresolution (CR), die die Regierung für sieben Wochen offen halten würde, damit die seit Monaten laufenden parteiübergreifenden Verhandlungen zwischen den führenden Haushaltspolitikern fortgesetzt werden können.

Diese parteiübergreifenden Verhandlungen zur Verabschiedung von zwölf Haushaltsgesetzen mit neuen Finanzierungsniveaus hätten den Demokraten die Möglichkeit geboten, ihren Einfluss geltend zu machen, um Zugeständnisse von den Republikanern zu erlangen.

Diese parteiübergreifenden Verhandlungen sind vorbei, vielleicht endgültig.

Das Repräsentantenhaus [verabschiedete](#) am 19. September eine reine Fortsetzungsresolution (CR), um die aktuellen Ausgabenniveaus bis zum 21. November beizubehalten. Diese Ausgabenniveaus wurden ursprünglich während der Präsidentschaft von Joe Biden verabschiedet und im März in einer CR bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres, dem 30. September 2025, verlängert.

Mit Trump im Weißen Haus sind diese Ausgabenhöhen aus der Biden-Ära für die Demokraten nicht mehr akzeptabel. Und der Minderheitsführer im Senat, Chuck Schumer (D-NY), der von seiner Basis unter Beschuss steht, nachdem er sich zunächst gegen eine CR im März ausgesprochen hatte, dann aber dafür gestimmt hatte, um die derzeit diskutierten Finanzierungsniveaus beizubehalten, treibt den Shutdown voran.

Die Demokraten im Repräsentantenhaus unter ihrem Minderheitsführer Hakeem Jeffries (D-NY) sind an Schumers Plan beteiligt. Nur einer stimmte am 19. September gemeinsam mit den Republikanern im Repräsentantenhaus für den CR.

Die Republikaner, die das Weiße Haus, das Repräsentantenhaus und den Senat kontrollieren, sehen wenig Anlass, den Demokraten Zugeständnisse zu machen, da sie den einfachen kurzfristigen Finanzierungsentwurf als vorübergehende Maßnahme betrachten, um ein längerfristiges Paket zu schnüren, mit dem größere Finanzierungsfragen angegangen werden können.

Das hat die Demokraten jedoch nicht davon abgehalten, die Frist zu nutzen, um zu versuchen, das Thema Gesundheitsversorgung in den Vordergrund zu rücken, da sie frustriert sind, dass Trump die nationale Debatte dominiert. Wie Breitbart News am Montag berichtete:

Die Demokraten stützen sich in ihrer Kritik an dem Gesetzentwurf stark auf das Thema Gesundheitswesen, ein seltenes Thema, das ihnen ihrer Meinung nach eine Chance bei den Zwischenwahlen 2026 bietet. Sie haben oft den Begriff „republikanische Gesundheitskrise“ verwendet, um gegen den kurzfristigen Ausgabenentwurf zu argumentieren, der keine neuen Bestimmungen zum Gesundheitswesen enthält.

Vor allem wollen die Demokraten den siebenwöchigen Gesetzentwurf nutzen, um die Obamacare-Subventionen zu verlängern, die erst Ende 2025 auslaufen. (Die Republikaner argumentieren, dass ein kurzfristiger Gesetzentwurf kein geeignetes Mittel ist, um eine so weitreichende Zusatzklausel anzuhängen, die eine eigene gründliche Debatte verdient). Die Demokraten haben sich auch dafür ausgesprochen, den kurzfristigen Gesetzentwurf zu nutzen, um Bestimmungen aus Trumps großem, schönen Gesetzentwurf zum Schutz von Medicaid rückgängig zu machen, darunter die Streichung illegaler Einwanderer aus den Sozialhilfelisten.

Der Plan der Demokraten, die Regierung durch die Verlängerung der Obamacare-Subventionen aus der Covid-Pandemie zu finanzieren, würde die Steuerzahler 1,5 Billionen Dollar kosten, was für die Republikaner ein No-Go ist.

Der Plan der Demokraten könnte zwar eine Debatte über das Gesundheitswesen erzwingen, aber es ist unklar, ob die Vorteile die Kritik, die sie dafür einstecken müssen, aufwiegen werden.

Als sicheres Zeichen dafür, dass die Demokraten die Schuld erhalten werden, formulierte die *New York Times* eine Umfragefrage dahingehend, ob die Demokraten einen Shutdown der Regierung vorantreiben sollten oder nicht.

Die Ergebnisse der Umfrage sind ein weiterer Schlag für die Demokraten: 65 Prozent der Befragten sagten Nein, und sogar eine Mehrheit der befragten demokratischen Wähler lehnte ihren Plan ab.

Die befragten Wähler haben möglicherweise mehr politisches Geschick als Schumer und Jeffries. Wie *Breitbart News* berichtete:

Der Schachzug der Demokraten, einen Shutdown zu erzwingen, würde vorübergehend eine radikale Basis zufriedenstellen, die für den Minderheitsführer im Repräsentantenhaus, Hakeem Jeffries (D-NY), und den Minderheitsführer im Senat, Chuck Schumer (D-NY), zunehmend persönliche politische Gefahren mit sich gebracht hat.

Da es jedoch keinen offensichtlichen Ausweg aus einem Shutdown gibt, bei der die Demokraten bedeutende Gewinne erzielen könnten, und da der Shutdown der Trump-Regierung die Befugnis gibt, weitreichende Kürzungen in der gesamten Exekutive durchzuführen, sind die langfristigen Vorteile für die Partei schwer zu bestimmen.

Jeder Ausweg für die Demokraten dürfte holprig sein. Und welcher Weg auch immer sie einschlagen, er wird zu einer noch mächtigeren und mutigeren Trump-Regierung führen.

Zusätzlich zu den Vorwürfen ist der Shutdown selbst ein Alptraum für die Demokraten. Wie *Breitbart News* berichtete:

Das Amt für Verwaltung und Haushalt unter der Leitung von Direktor Russ Vought, dem vielleicht berüchtigtsten Gegner der Bundesbürokratie, [veröffentlichte](#) wenige Tage vor Ablauf der Finanzierungsfrist ein Memo, in dem es hieß, dass die Behörden im Falle eines Shutdown der Regierung eine „Personalreduzierung“ für viele Bundesprogramme in Betracht ziehen sollten – was bedeutet, dass Tausende von Bundesangestellten dauerhaft entlassen werden könnten.

Viele dieser Entlassungen von Beamten, die von vielen Demokraten als ihre Mitarbeiter innerhalb der Bundesregierung angesehen werden, wären dauerhaft.

Da die Demokraten ihre Pläne klar angekündigt hatten, bereitete Washington sich auf einen Shutdown vor. Mindestens ein lokales Restaurant, Butterworth's auf dem Capitol Hill, bietet nach Beginn des Shutdown spezielle Getränke an, darunter einen „Furlough-Rita“ („Urlaubs-Rita“) und einen „Continuing Rye-Solution“ („Fortgesetzte Whiskey-Lösung“).

Wenn der Shutdown so lange dauert, wie manche befürchten, müssen viele Demokraten, insbesondere Schumer und Jeffries, vielleicht auf einen Drink vorbeikommen.